

Herr Liermann informierte eingangs darüber, dass er zu zwei größeren Themenkomplexen intensiver berichten werde: Dem Sachstand zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 26.02.2021 zum Thema „Unterstützung von Frauen in Not“ und dem aktuellen Sachstand zur Situation des kreiseigenen Frauenhauses und den anhaltenden Umbaumaßnahmen.

Im Folgenden stellte Herr Liermann die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich des aus dem vorgenannten Antrag resultierenden politischen Auftrags an die Verwaltung, die Unterstützungsbedarfe von Frauen in Not festzustellen, dar.

Zwischenzeitlich sei eine fachlich qualifizierte Projektbegleitung gefunden worden. Frau Rosenauer, die bereits an der Erstellung des neuen Konzepts für das kreiseigene Frauenhaus beteiligt gewesen sei, kenne die Rahmenbedingungen und Situation im Rhein-Sieg-Kreis und eigne sich daher hervorragend für die wissenschaftlich methodische Unterstützung des Projekts. Unterstützt werde sie von der Supervisorin und Organisationsberaterin, Frau Scharlau. Gemeinsam mit der Projektbegleitung habe die Verwaltung zunächst die Zielgruppe des Projektes präzisiert. Das Projekt konzentriere sich auf Frauen, die von häuslicher Gewalt und/ oder von Wohnungslosigkeit betroffen sind und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die bestehenden Angebotsstrukturen für diese Zielgruppe sollen zunächst im Sinne einer fundierten Ist-Analyse erhoben werden. Dabei sollen Angebotslücken wie auch eventuelle Doppelungen in der Beratungsstruktur identifiziert werden, um darauf aufbauend Handlungsoptionen zu entwickeln, die in Abstimmung mit der Politik angegangen werden können. Derzeit werde das Projekt in den unterschiedlichsten Gremien vorgestellt; am 15.09.2021 beim Runden Tisch gegen häusliche Gewalt und am 16.09.2021 beim Treffen mit den Wohlfahrtsverbänden. Zwecks Ermittlung der Angebotsstruktur würden derzeit die aktuellen schriftlichen Konzepte, Jahresberichte und Statistiken eingeholt. Diese würden voraussichtlich im November durch die Projektbegleiterinnen ausgewertet. Darüber hinaus seien im Februar nächsten Jahres Fokusgespräche geplant, in denen mit ExpertInnen aus den Bereichen Häusliche Gewalt und Wohnungslosenhilfe die ermittelten Daten vertiefend erörtert würden. Endergebnis werde ein Abschlussbericht sein. Herr Liermann hob abschließend hervor, dass sämtliche Arbeitsschritte in enger Abstimmung mit dem Kreissozialamt erfolgen, welches das Projekt logistisch unterstütze. Die Verwaltung werde regelmäßig in den Ausschusssitzungen zum Sachstand berichten.

KTM Grünewald teilte mit, dass es sie erfreue, dass das Projekt trotz Pandemie vorangetrieben und in verschiedenen Bereichen vorgestellt werde. Ihre Fraktion unterstütze die vernetzte Struktur und erwarte durch die fachliche Unterstützung der Projektbegleitung zielführende Ergebnisse. Insofern freue sie sich auf den Prozess und die weiteren Entwicklungen. Sie frage sich allerdings, ob ein Jahr zur Durchführung des Projekts ausreiche. Herr Liermann führte aus, dass er nicht davon ausgehe, dass das Projekt in einem Jahr abgeschlossen werden könne: Da es wichtig sei, strukturiert vorzugehen und gründlich zu analysieren, werde man länger als ein Jahr benötigen. Die eingeplanten Finanzmittel könnten ins Folgejahr übertragen werden, sofern dies notwendig sei.

Vor dem Hintergrund, dass hiermit Kosten verbunden seien, erkundigte sich SkB Stein danach, weshalb sich die Verwaltung Unterstützung von außerhalb geholt habe. Herr Liermann entgegnete, er sei den Fraktionen dankbar, dass sie für die Projektbegleitung Finanzmittel zur Verfügung gestellt hätten. Der Rückgriff auf die Expertise der ausgewählten Fachfrauen gewährleiste eine effektive und methodisch professionelle Vorgehensweise.

Im Folgenden berichtete Herr Liermann über den aktuellen Sachstand zur Situation rund um das Frauenhaus und den noch ausstehenden Umbaumaßnahmen.

Aufgrund der Umbaumaßnahmen werde derzeit weiterhin nur die erste Etage genutzt, die durchgängig mit 5 Frauen und ihren Kindern belegt sei. Mit dem neuen Konzept habe man bisher, insbesondere im Bereich der Sicherheit, gute Erfahrungen gemacht. Ferner sei die Zusammenarbeit mit der Polizei und die Resonanz der Nachbarschaft sehr positiv. Es habe bisher nur eine Bürgerbeschwerde gegeben, der man auch nachgegangen sei. Die neue Konzeption des Frauenhauses werde weitgehend umgesetzt. Die pädagogische Arbeit mit den Frauen sei ressourcenintensiver als zuvor und gestalte sich in Teilen, z.B. bei massiven Sprachbarrieren, schwieriger als angenommen. Da der geplante Aufbau eines eigenen altersspezifischen pädagogischen Angebotes für die Kinder bisher nicht realisiert werden konnte, könnten ungestörte Gespräche mit den Frauen nur stattfinden, wenn die Beaufsichtigung der Kinder anderweitig sichergestellt werde. Erschwerend komme hinzu, dass bislang, anders als am alten Standort, keine Kindergartenplätze in der örtlichen Kindertagesstätte zur Verfügung stehen.

Herr Liermann hob hervor, dass der geplante Aufbau eines eigenen alters-spezifischen pädagogischen Angebotes für die Kinder nicht mit einer reinen Beaufsichtigung verwechselt werden dürfe. Es gehe vielmehr um eine professionelle Unterstützung der Kinder bei der Verarbeitung ihrer Gewalter-fahrungen. Abschließend fasste Herr Liermann zusammen, dass sich das Konzept bereits bewährt habe, allerdings noch einiges zu tun sei. Mit der Zeit werde sich zeigen, wo Schwierigkeiten in der Umsetzung sowie Ver-besserungsbedarf bestehen. Hierzu werde die Verwaltung jedoch regelmä-ßig berichten.

KTM Schmitz bedankte sich für die Ausführungen zum Sachstand. Er habe bereits Gelegenheit gehabt, sich vor Ort über das Frauenhaus zu erkundi-gen und dabei festgestellt, dass die Mitarbeiterinnen sehr engagiert seien, die Arbeit positiv voranzutreiben. Insofern bat er die Verwaltung, weiter-gehende Informationen an den Ausschuss heranzutragen und gleichzeitig darauf hinzuweisen, soweit politische Unterstützung, auch nach außerhalb, von Nöten sei. Darüber hinaus halte er es für sinnvoll, wenn die Mitarbeite-rinnen des kreiseigenen Frauenhauses in einer der nächsten Ausschusssit-zungen über ihre persönlichen Erfahrungen berichten würden.

Hiernach nutzte KTM Grünewald die Gelegenheit, Frau Vogel-Jones, eine ehemalige Mitarbeiterin des Frauenhauses hervorzuheben, die während der Umstellungsphase hervorragende Arbeit geleistet habe und sich nun im wohlverdienten Ruhestand befinde. Auch schätze sie die im Zusammen-hang mit der Konzeption geleistete bisherige Arbeit von Frau Rosenauer. Zum Thema „Sicherheit“ äußerte sie die Bitte an die Verwaltung, ihr Mög-lichstes zu tun, um den erhöhten Sicherheitsstatus zu erreichen. Hinsicht-lich der Kinderbetreuungsproblematik sehe sie ebenfalls Handlungsbedarf. Anschließend widmete sie sich der Thematik des Fördervereins. Für das Frauenhaus hätten in der letzten Sitzung des Ausschusses die Unterlagen für den Förderverein vorgelegen. Die Bitte sei, dass es in der nächsten Kon-kretisierung eine klare zeitliche Schiene für die Gründungsveranstaltungen geben werde.

KTM Haacke wies darauf hin, dass bei der Frage der Unruhe, die von der jetzigen Nutzung des Gebäudes ausgehe, auch zu berücksichtigen sei, dass das Gebäude ursprünglich als Unterkunft für Geflüchtete vorgesehen ge-wesen sei. Im Übrigen betonte er sein Interesse an dem Förderverein und appellierte, das Thema nicht aus dem Blick zu verlieren.

Herr Liermann berichtete, dass es elf Interessenten für den Förderverein gebe. Zwei örtliche Lokationen für die Gründungsveranstaltung seien bereits ins Auge gefasst worden; die Möglichkeit der Nutzung habe sich allerdings kurzfristig zerschlagen. Daher werde aktuell eine Örtlichkeit für die Gründungsveranstaltung gesucht. Er bekräftigte die Bedeutung des Fördervereins.

Zu dem Thema Auslastung des Frauenhauses legte er dar, dass die Hoffnung bestehe, die Umbaumaßnahmen bis Jahresende abschließen zu können, sodass das Erdgeschoss Anfang kommenden Jahres bezogen werden könne. Die Realisierung hänge von den Einsatzmöglichkeiten der Handwerker ab. Die Gebäudewirtschaft habe inzwischen alle Gewerke vergeben. Er betonte die Bedeutung der vollständigen Öffnung des Frauenhauses.

KTM Haacke bot für die Gründungsveranstaltung die Unterstützung der Stadtverwaltung Sankt Augustin an. Dort gebe es den Ratssaal und Besprechungsräume, die für die Gründungsveranstaltungen vor Ort zur Verfügung stünden.